

Vorträge, Reden und Berichte aus dem Europa-Institut / Nr. 11

herausgegeben

von Professor Dr. Dr. Georg RESS

und Professor Dr. Michael R. WILL

Dr. Egon KLEPSCH

Vizepräsident des Europäischen Parlaments

**ZUKUNFTSPERSPEKTIVEN DER EUROPÄISCHEN  
GEMEINSCHAFTEN UND DIE ROLLE DES  
EUROPÄISCHEN PARLAMENTS**

Vortrag vor dem Europa-Institut der Universität des Saarlandes

Saarbrücken, 3. Februar 1983

Zukunftsperspektiven der Europäischen  
Gemeinschaften und die Rolle des  
Europäischen Parlaments

I. Ich möchte vorab sagen, daß ich etwas bedrückt bin, wenn ich das, was ich mir aufgeschrieben habe, mit dem vergleiche, was Sie von mir erwarten. Deshalb bin ich froh, daß wir die Zeit geteilt haben und wir daher vielleicht einen Teil der Fragen, die offenbleiben, nachher miteinander diskutieren können. Ich bin jedenfalls bemüht, mich keiner Frage zu entziehen. Es ist klar, daß das Europäische Parlament im gegenwärtigen Zeitpunkt deshalb so viel Aufmerksamkeit findet, weil die Auseinandersetzung mit dem Rat über den Haushalt - genauer: über die Frage des Nachtragshaushaltes 1983 - in ihrer letzten Phase ist. Ich denke, daß sie nächste Woche mit einem für das Parlament akzeptablen Ergebnis abgeschlossen sein wird.

Die Situation ist dadurch gekennzeichnet, daß angesichts der Schwierigkeiten, die der Rat in seinen Entscheidungsprozessen hat, und im Hinblick auf die unglaubliche Schwäche, die die Kommission der Europäischen Gemeinschaft an den Tag legt, das Parlament als der einzige dynamische, vorwärtsdrängende Faktor im europäischen Integrationsprozeß übrigbleibt. Ich will nicht unterschlagen, daß es unterstützt wird durch die Arbeit des Europäischen Gerichtshofes. Aber das ist ein Thema eigener Art. Es ist Mode geworden, daß die Europäische Gemeinschaft immer wieder kritisch ins Visier genommen und zum Prügelknaben für alle möglichen Ärgernisse gemacht wird. Die Bürokratie und die Agrarpolitik sind zu gängigen Begriffen in der politischen Diskussion geworden. Aber Europa hat es seinen Kritikern auch leichtgemacht. Einmal dadurch, daß die Entscheidungsmechanismen nicht ausreichend funktionieren und daß insbesondere der Ministerrat den gestellten Aufgaben weder formal noch inhaltlich gerecht wird. Das andere ist, daß wir uns mit der Renaissance nationalstaatlicher Interessenpolitik, die durch die wirtschaftliche

Situation besonderen Auftrieb erhält, auseinanderzusetzen haben. Man muß freimütig einräumen, daß dieses Problem immer bestand, nur in den Zeiten des wirtschaftlichen Aufschwungs weniger in Erscheinung trat, als in Zeiten der Rezession und der Massenarbeitslosigkeit. Das Problem spitzt sich wie folgt zu: Kann man in einer schwierigen Konstellation die gestellten Aufgaben auf nationaler Ebene so lösen, daß wenigstens das eigene Land mit der Situation besser fertig wird oder ist es nicht günstiger - das ist die These, die ich vertrete -, daß man durch gemeinschaftliche Lösungen auf Dauer die Schwierigkeiten ausräumt?

Sie kennen alle die Haltung Englands und der Bundesrepublik in der Beitragsfrage: Frau Thatcher mit ihrem "I want my money back" oder der frühere Bundeskanzler Schmidt mit seinem Zitat, daß "wir nicht der Zahlmeister Europas sein wollen". Wir haben uns auseinanderzusetzen mit wachsendem Protektionismus oder mit der Vernichtung von Obst, Gemüse und Wein an der französisch-italienischen Grenze. Es gibt groteske Formen der Auseinandersetzung, die im Zusammenhang mit dem Versuch, nationalstaatlich günstigere Lösungen zu finden, auftreten. Auch der letzte Fischereikonflikt mit Dänemark war durch die Diskussion über die Mengen bestimmt, über die es zum Schluß ging. Das alles ist für den objektiven Betrachter kaum vorstellbar.

Die Gemeinschaft ist gegenüber der Massenarbeitslosigkeit hilflos, weil es ihr nicht gelingt, die Zollunion zu einer Wirtschafts- und Währungsunion fortzuentwickeln. Ein weiterer Grund ist die Methode des Rates, Entscheidungen auf die lange Bank zu schieben. Anstatt Handelshemmnisse im grenzüberschreitenden Personen- und Güterverkehr abzubauen, werden verschärfte Grenzkontrollen durchgeführt. Das sind alles Erscheinungen, die bedenklich sind. Allein die Grenzbürokratie kostet den europäischen Steuerzahler jährlich über 30 Milliarden DM, das ist das Volumen des gesamten

Agrarhaushalts der Europäischen Gemeinschaft.

II. Ich möchte mit einer aktuellen Situationsbetrachtung beginnen: Welches sind die aktuellen Probleme der Gemeinschaft, die Parlament, Rat und Kommission beschäftigen?

1. Zunächst würde ich das Problem des Entscheidungsmechanismus erwähnen.

Die Hoffnungen, die sich auf die Ratsmacht Deutschland richten, vor allen Dingen für die zweite Hälfte ihrer Amtszeit, wenn geklärte politische Mehrheitsverhältnisse vorhanden sind, gründet sich auf eine Aussage in der Regierungserklärung, die das Bekenntnis zur Rückkehr zur Mehrheitsentscheidung gemäß den Römischen Verträgen enthält. Dies zu realisieren, ist eine Aufgabe, die man vielleicht nicht in dem halben Jahr der Ratspräsidentschaft bewältigt. Aber daß man zu dieser Lösung kommen muß, ist meines Erachtens für alle Beteiligten klar. Wir haben es bei den Auseinandersetzungen um den Nachtragshaushalt mit einer neuen Mehrheitsentscheidung des Rates zu tun, wie sie nach den Verträgen auch vorgesehen ist. Frankreich und Dänemark sind überstimmt worden. Und obwohl Frankreich die Frage für äußerst bedeutsam hält, haben sich die Mitgliedsstaaten dahingehend geeinigt, daß es bei dem Mehrheitsbeschluß bleibt. Das ist ein Schritt in die richtige Richtung. Es ist klar, daß, falls der Entscheidungsmechanismus des Rates nicht wieder besser funktioniert, die Gemeinschaft so bewegungsunfähig wird, daß es ihr nicht mehr möglich ist, notwendige Entscheidungen zu treffen. Ich sage Ihnen, weshalb ich trotzdem optimistisch bin: Nicht nur, weil das Parlament den Rat antreibt, sondern weil wir im letzten Jahr eine Reihe von Beispielen hatten, die, in sonst unlösbaren Fällen, eine Zuflucht zur Mehrheitsentscheidung

zeigen. Eingeleitet wurde dies Phase, von der ich jetzt spreche, durch den Beitritt Griechenlands. Obwohl Griechenland als 10. Mitglied der Gemeinschaft durchaus willkommen geheißen wurde, wird es inzwischen als der größte Störfaktor in der Gemeinschaft empfunden. Die Europäische Politische Zusammenarbeit (EPZ), das Element, das in der Gemeinschaft am meisten auf Zusammenarbeit angelegt ist, funktioniert mit Griechenland nicht. Selbst wenn die übrigen neun sich darauf verständigt hatten, bei den Vereinigten Nationen, bei den Internationalen Konferenzen usw. möglichst gemeinsam aufzutreten, so nimmt die griechische Regierung in der Regel einen ganz anderen Standpunkt ein. Das erschwert die Vorstellung über die mögliche Weiterentwicklung und den Ausbau der EPZ beträchtlich. Ich glaube, daß es über diese Frage bald zu einer klärenden Auseinandersetzung im Rat kommen muß. Wir haben im vergangenen Jahr, neben der einstimmigen Solidarität mit Großbritannien im Falklandkonflikt, zweimal Mehrheitsentscheidungen in wichtigen Punkten erlebt: bei der Frage des britischen Beitrags und den Agrarpreisen. England und Frankreich, obwohl grundsätzlich gegen Mehrheitsentscheidungen, stimmten aus unterschiedlichen Gründen zu. Die Franzosen schluckten die Kröte der Mehrheitsentscheidung, weil die Festsetzung der Agrarpreise ihrer Interessenlage entsprach. Die Briten nahmen, nachdem sie sich in der Beitragsfrage mehrheitlich durchgesetzt hatten, sogar entgegen ihrer Interessenlage die Mehrheitsentscheidung über die Agrarpreise hin. Dies hing auch mit der Falkland-Solidarität zusammen. Aber ich glaube, daß es in beiden Fragen eine für alle überraschend befriedigende Lösung gegeben hat.

Noch ein Weiteres hat dazu geführt, daß wieder häufiger mit Mehrheit entschieden wird. Als Parlamentarier kann ich das freimütig aussprechen. Die Regierung Papandreu hat eine eigentümliche Methode einzuführen versucht: nämlich das sogenannte "Bakschisch-Package" - man vergrößerte das Abstimmungspaket, und zwar jeweils um eine Sonderleistung

für Griechenland. Für die anderen Mitgliedsstaaten war dies natürlich unerträglich, und deshalb funktioniert die Mehrheitsentscheidung zumindest in dieser Richtung. Die Griechen haben sofort gemerkt, daß es so nicht geht. Deshalb ist dieser Brauch wieder etwas aus der Mode gekommen. Insgesamt würde ich zu der Frage der Mehrheitsentscheidung sagen: Es besteht die Notwendigkeit, Mehrheitsentscheidungen zu treffen und eigentlich ist gar nicht so viel zu tun, um sie wieder zur Realität werden zu lassen. Sie muß nur häufiger Anwendung finden. Dann ist die Mehrheitsentscheidung gemäß den Verträgen - sie gilt durchaus nicht für jeden Fall - wieder durchgesetzt. Ich weiß, daß dies ein Prozeß ist, der noch länger dauert, weil der grundsätzliche Widerstand Frankreichs gegen die Mehrheitsentscheidung trotz der Fälle, die wir eben gestreift haben, noch nicht überwunden ist. Ohne Mehrheitsentscheidung aber wird ein anderes Problem, das sich der Gemeinschaft heute stellt, überhaupt nicht lösbar: die Frage der Einbeziehung Spaniens und Portugals in die Gemeinschaft. Es gibt noch andere Voraussetzungen für den Beitritt Spaniens und Portugals. Aber dies ist eine Kernfrage.

Wir haben damals, als die Norderweiterung der Gemeinschaft stattfand, zweierlei bewältigen können. Wir haben den Finanzmechanismus der Gemeinschaft umgestellt auf die Bedürfnisse der neun Staaten. Dies müssen wir, wenn wir jetzt die Süderweiterung um Spanien und Portugal vollziehen, erneut tun. Sie wissen sicher, daß sonst - ich setze das Wort in Anführungsstriche - der größte "Nettozahler" der Gemeinschaft Portugal werden würde, was natürlich lächerlich anmutet. Die Portugiesen erhoffen sich Geld von der Gemeinschaft und nicht den umgekehrten Prozeß. Ich darf allerdings noch einmal unterstreichen: wenn wir den Rat zu Mehrheitsentscheidungen befähigen, kann das nur funktionieren, wenn das Parlament ihm dabei hilft.

Damit komme ich nun zu meiner Aussage 1), was das Parlament angeht:

Die dort repräsentierten politischen Kräfte können sich bei den Problemen, in denen sie eine Mehrheitsentscheidung - eine solide Mehrheitsentscheidung - zustandebringen, für den Rat richtungsweisend sein. Sie tun dies bereits bei den Agrarpreisen. Deshalb wartet der Rat ab, nicht nur was die Kommission vorschlagen wird und will, sondern was das Parlament mit einer breiten Mehrheit verabschiedet, um dann seine Konsequenzen zu ziehen. Denn die politischen Kräfte spiegeln sich im Europäischen Parlament alle wider. Es ist richtig: natürlich gibt es Mehrheiten und Minderheiten.

Aber bei dem Bestreben, zum Kompromiß zu kommen, wird am ehesten sichtbar, was für die unterschiedlichen nationalen Bereiche gerade noch als tragbar von den Fraktionen, deren Mitglieder sich auch zu Hause dafür rechtfertigen müssen, angesehen wird. Ich möchte unterstreichen, daß der Rat die große Chance hat, sich auf die Übereinstimmung mit dem Parlament berufen zu können. Ich nehme ein Beispiel aus der jüngsten Vergangenheit: den Fischereikonflikt.

Meine Damen und Herren, wir haben alle nur darüber gegrinst. Uns war klar, daß er nur wenige Wochen dauern kann. Nicht wegen der Probleme, die sich für die eine oder andere Interessenlage ergeben, sondern weil wir davon überzeugt waren, daß wegen einiger tausend Tonnen Makrelen die Einigung über den Gesamtkomplex nicht zu Bruch gehen konnte. Darüber hatten wir im Parlament Auseinandersetzungen, vor allen Dingen mit unseren sozialistischen Kollegen aus Dänemark, weil der Marktausschuß, den das dänische Parlament hat, sich als blockierend erwies. Es gab natürlich auch bei den anderen das Problem: innerhalb eines Monats wurde es gelöst. Ich glaube, die Diplomaten haben gut gewirkt; die Unterhändler waren tüchtig. Keine Lösung zu finden, war politisch nicht durchzuhalten. Wenn ich das Problem der Entscheidungsmechanismen als erstes Hauptproblem bezeichnet habe, so deshalb, weil das Funktionieren

der Gemeinschaft heute leider noch vom Funktionieren des Rates abhängt.

2. Wir müssen, und das ist jetzt meine zweite Anmerkung, zum Gleichgewicht der Organe zurückfinden.

Daß die Kommission einen erheblichen Abbau ihres Einflusses erlitten hat, hat sie zu einem nicht geringen Teil sich selbst zuzuschreiben. Von der in den Römischen Verträgen vorgesehenen organischen Rolle, die sie spielen sollte, ist sie jedenfalls weiter den je entfernt. Ich möchte dafür vor allen Dingen folgende Faktoren verantwortlich machen: Ganz sicher ist heute die Zahl der Mitglieder der Kommission größer, die zunächst ihre nationalen Interessen im Auge haben und sich erst dann den Interessen der Gemeinschaft verpflichtet fühlen. Wir beobachten dies im Parlament genau. Bei den Entscheidungen der Kommission stehen sich also zwei Gruppen von Mitgliedern gegenüber, die mehr europäisch und die mehr national geprägten. Das fördert nicht unbedingt die Homogenität. Das Parlament hat seinen Konflikt mit dem britischen Kommissar Tugendhat. Er leitet das Finanzressort. Wir haben den Eindruck, daß seine Kontrollarbeiten in bezug auf sein eigenes Land etwas unterentwickelt sind. Wenn es vorkommen kann, daß eine Milliarde ECU, das sind rund 2,35 Milliarden DM, innerhalb von zwei Jahren an Großbritannien überzahlt werden, dann kann man nicht sagen, das sei zufällig durch die Kasse geronnen und niemand habe es bemerkt. Schließlich ist dies, jedenfalls im Haushalt der Gemeinschaft, ein Posten von beträchtlicher Größenordnung. Wir haben - und dieses Beispiel ist besonders prägnant - die jüngste Auseinandersetzung zwischen Rat und Parlament um die Frage gehabt, ob das sogenannte "juste retour" zur ständigen Einrichtung gemacht wird oder nicht. Um mich verständlich zu machen, muß ich ein kurzes Wort über den Haushalt der Europäischen Gemeinschaft einfügen. Sie wissen,



daß das Parlament und der Rat gemeinsam die Haushaltsbehörde darstellen. Der Haushalt der EG kann also nur von beiden gemeinsam verabschiedet werden. Hier liegt eine wesentliche Kompetenz des Parlaments. Was man allerdings auch im Auge behalten muß, ist, daß der Gemeinschaftshaushalt ausschließlich auf Eigeneinnahmen beruht. Die Eigeneinnahmen setzen sich vor allem aus Abschöpfungen, Zöllen und dem auf maximal 1 % begrenzten Anteil an der Mehrwertsteuer in den Mitgliedsländern zusammen. Wir haben immer sehr sparsam gewirtschaftet. Bis jetzt ist dieser Anteil von 1 % erst zu rund 0,8 % ausgeschöpft. Das hat ein zweites nach sich gezogen, daß der Haushalt der Europäischen Gemeinschaft der einzige wirklich ausgeglichene Haushalt in der gesamten Gemeinschaft ist. Der einzige Haushalt, der ohne Defizitspending auskommt, und der, weil er - das Parlament will umschichten - auch auf Einsparungen abzielt in Bereiche, die auf nationaler Ebene fast unantastbar erscheinen, nämlich auf dem Gebiet der Subventionen. Hier haben der Haushaltskontrollausschuß, unterstützt vom Rechnungshof, aber auch das Parlament mit Entschlossenheit versucht, die von ihm für notwendig gehaltenen Ausgaben durch Reduzierung vorgesehener Mittelvergaben an anderer Stelle auszugleichen; was das Parlament eigentlich tun soll. Wir haben es mit großem Erfolg und großem Verantwortungsbewusstsein getan. Um so schmerzlicher ist es für uns, wenn wir sehen, daß das eingesparte Geld nicht für notwendige Maßnahmen im Interesse der Gemeinschaft ausgegeben wird, sondern zurückfließen soll in die nationalen Fässer ohne Boden. Denn die nationalen Haushalte sind alle nicht ausgeglichen und mit hohen Nettoverschuldungsraten belastet. Genau das ist der "juste retour", gegen den wir uns wenden. Das Parlament hat in der Auseinandersetzung folgende Positionen bezogen: Eigentlich gehören alle Eigeneinnahmen ausschließlich der Europäischen Gemeinschaft und auch der ganze 1%-Anteil an der Mehrwertsteuer, den wir - um es zu wiederholen - noch immer nicht

ausgeschöpft haben. Deshalb akzeptieren wir nicht, daß Geld, das wir wegen des günstigen Weltmarktes oder wegen Einsparungsmaßnahmen übrig haben, zur Sanierung nationaler Haushalte verwendet werden soll. Vielmehr sollte es für Politiken, die bisher zurückgestellt werden mußten, etwa die Regionalpolitik oder die gemeinsame Energiepolitik, Verwendung finden. Das ist der eigentliche Grund unseres Konfliktes mit dem Rat.

In den vergangenen Jahren ging es nun darum, auf der Grundlage des berühmten Kommissionsmandats vom 30. Mai den Finanzmechanismus der Gemeinschaft anzupassen und die Ungerechtigkeiten, die zweifellos heute vorhanden sind, und vor allen Dingen Großbritannien treffen, auszugleichen. Bis heute ist kein vernünftiger Lösungsvorschlag gemacht worden, denn das ist die Bedingung, die das Parlament für die Annahme des Nachtragshaushaltes 1982 gestellt hat. Der Schlüssel liegt bei der Kommission. Und ob diese Kommission das Ende ihrer Amtszeit erreicht oder nicht, wird davon abhängen, ob sie diese Aufgabe bewältigt. Das Parlament wird, davon bin ich fest überzeugt, die Kommission nach Hause schicken, wenn sie sich im Sinne der Lösung der Gemeinschaftsprobleme nicht als genügend wirksam erweist. Das wird nicht jetzt geschehen, sondern wir werden ihr erneut eine Frist geben, und wir werden den Auftrag geben, bis Mitte dieses Jahres den Lösungsvorschlag zu erarbeiten. Dazu hatte sie bereits sehr viel Zeit. Die Auseinandersetzung um den "juste retour" ist die Auseinandersetzung darum, ob die Gemeinschaft sich als Gemeinschaft bewährt oder sich aus Nationalstaaten zusammensetzt, die etwas in die Kasse einschießen und dafür den Gegenwert zurückhaben wollen. Davon abgesehen ist es so, daß die Gemeinschaft bei diesen Eigeneinnahmen nicht genau ermitteln kann, woher sie im einzelnen kommen. Das läßt sich nur bei dem Anteil an der Mehrwertsteuer feststellen, und auch hier gibt es eine Reihe von Faktoren zu berücksichtigen. Das Entscheidende sind die Einnahmen der Gemeinschaft, und sie werden in Ausgaben umgesetzt. Im Hinblick auf die Solidarität, die verlangt, daß

schwächer entwickelte Gebiete oder benachteiligte Bereiche durch Gemeinschaftsprogramme gefördert werden, kann das nicht für den einzelnen Mitgliedsstaat plus minus Null aufgehen. Die Kommission trägt auch daran viel Schuld. Sie hat die Berechnungen angestellt, die die Grundlagen für die sogenannte Nettozahlerschaft bilden. Die Berechnungen beruhen allerdings auf fiktiven Annahmen. Das Parlament hatte in dieser Situation keinen anderen Ausweg, als den Nachtragshaushalt abzulehnen. Niemand wurde dadurch geschädigt. Das Geld bleibt in der Kasse. Unsere Bedingung an den Rat war, daß durchaus entsprechende Mittel für Projekte in England und Deutschland ausgegeben werden können - aber sie müssen gemeinschaftsbezogen sein. Es lassen sich nicht nur für England und Deutschland gemeinschaftsbezogene Projekte machen, sondern es müssen auch noch Mittel für andere - es geht ja hier um den Energiesektor, den man ausgewählt hatte - zur Verfügung gestellt werden. Ich denke, daß der Rat im wesentlichen diese Forderung erfüllt hat, so daß wir in der nächsten Woche den Nachtragshaushalt wahrscheinlich annehmen werden. Aber der Streitpunkt, ich will es nochmal betonen, ist, daß es nur Gemeinschaftsaufgaben sein können, für die die Mittel aufgewandt werden, und daß es nicht darum gehen kann, Mittel - nationale Quoten quasi - zurückzuerstatten. An dieser Position wird das Parlament auch nicht rütteln lassen. Das hat dazu geführt, daß niemand von der Kommission erwartet, daß sie Lösungsvorschläge dynamisch voranbringt wie das früher war, sondern daß dies vom Parlament erwartet wird. Auf diese Weise gewinnt der Haushaltsausschuß des Europäischen Parlaments bei dieser Auseinandersetzung eine außerordentliche Bedeutung.

Ich weiß, daß ein Problem ungelöst bleibt bei dieser Betrachtung. Die Frage ist: Was wird geschehen, wenn die Eigeneinnahmen nicht ausreichen, um die Finanzierung der für die Gemeinschaft erforderlichen Aufgaben zu decken? Nach unseren eigenen Überlegungen im Parlament wird das

nicht vor 1985, wahrscheinlich 1986, der Fall sein. Das ist Zeit genug, sich zu einigen, wenn man einen besseren Finanzmechanismus gefunden hat als den gegenwärtig gültigen.

3. Die Haushaltsauseinandersetzungen sind eng verschränkt mit den institutionellen Fragen. Ich habe das schon angedeutet. Die Frage ist, wie kann das Parlament das, was es für richtig hält, nicht nur im Hause beraten und verabschieden, sondern auch besser in die Öffentlichkeit bringen. Dabei glauben wir, daß wir nach dieser Auseinandersetzung in einer günstigeren Lage sein werden, weil sich diejenigen, die die europäische Gemeinschaft erhalten und weiterentwickeln wollen, nunmehr stärker am Parlament orientieren werden, weil nur von dort die entsprechenden Impulse ausgehen.

Wie können wir das als Parlament durchsetzen? Da ist zunächst die Frage der Rückkoppelung mit den nationalen Parlamenten. Das ist eine Aufgabe, von der man fälschlicherweise früher geglaubt hat, sie sei allein über die sogenannten politischen Kräfte lösbar. Alle gehören Parteien an. Wir haben die europäischen Parteienbünde: die Sozialisten, die Christlichen Demokraten, die sich Europäische Volkspartei nennen, und die Liberalen; wir haben die Fraktionen im Parlament, die die einander Nahestehenden zusammenfassen, verkörpern. Man hat früher gedacht, wenn sie - ich nehme als Beispiel meine eigene Gruppierung, die Europäische Volkspartei - ihr Politisches Büro einberuft, daß dort die großen nationalen Repräsentanten sitzen, und daß mit der Parlamentsfraktion dort eine Einigung erzielt wird. Ich glaube, daß das unter dieser Betrachtung allzu oberflächlich gesehen wurde, weil unterschieden werden muß: in dem einen Land ist man Opposition, in dem anderen Regierungspartei. Das ergibt schon unterschiedlich bedingte Verhaltensweisen. Aber man muß auch sehen, daß die Führungskräfte, die dabei in ihrer Präsenz

fortgesetzt gefordert wurden, die Zeit dazu gar nicht haben, um diesen Prozeß zu vollziehen. Es hat sich herausgestellt, daß als Integrationsfaktor in den Parteibünden eigentlich nur die Fraktionen im Europäischen Parlament wirklich funktionieren können. Die Organisationen der Parteien auf der europäischen Ebene sind mehr oder weniger in enger Abhängigkeit von den Fraktionen im Europäischen Parlament. Das ist natürlich zu wenig.

Ich komme nochmal auf das Wort "Rückkoppelung" zurück. Im nationalen Bereich - die Bundestagsfraktionen in Bonn, die nationalen Parlamentsfraktionen in anderen Ländern - gibt es unter Umständen aus einer Reihe von Gründen ganz andere Interessen in den Entscheidungen, die die Gemeinschaft betreffen. Sie brauchen nur den Haushalt zu nehmen, dann sehen Sie den Tatbestand klar. Wir haben uns darum bemüht, durch Verhandlungen, regelmäßige Kontakte und Gespräche, Verständigungs- und Einigungsformeln zwischen den nationalen Parlamentsfraktionen und der europäischen Parlamentsfraktion zu erarbeiten. Natürlich gilt dies insbesondere für den Haushalt der Gemeinschaft. Ich kann das präziser nur für die Christlichen Demokraten sagen. Wir stellen sechs Regierungschefs von den zehn in der Gemeinschaft im Augenblick. Das bedeutet, daß wir uns mit ihnen ins Benehmen setzen müssen, um ihr Verständnis für unsere Haltung für die Gemeinschaft zu gewinnen. Eigentlich bin ich überrascht, wie erfolgreich das im Ergebnis verläuft. Es gibt zwar nur zwei Modelle dafür, das räume ich gerne ein. Das sind der Agrarbereich und der Haushaltsbereich.

Diese Rückkoppelung muß noch besser institutionalisiert werden. Die meisten Länder haben fast gar keine Ansätze dafür; und wir im Bundestag sind nach endlosen Verhandlungen am Ende dieser Periode zu einem internen Übereinkommen gelangt, das wahrscheinlich zu Beginn der nächsten Periode ratifiziert wird. Es wird so etwas wie einen Europa-Ausschuß des Bundestages geben, der als Verbindungsausschuß zwischen Europäischer Gemeinschaft, sprich

Europäischem Parlament, und Bundestag funktioniert, am Modell der Enquête-Kommission orientiert. Das wird ein Gremium sein, das in Wirklichkeit das ratifiziert, was in zahllosen Kontakten und Vorgesprächen geklärt wird. Ohne die Verbindung zwischen der nationalen und der europäischen Ebene kann es nicht weitergehen, weil die europäische Ebene sonst immer weiter aus dem Blickfeld rückt.

4. Ich möchte auch sagen, daß wir eine Rückkoppelung der Kommission an ihre eigentliche Rolle brauchen und daß das Parlament darauf drängt. Wir erwarten, daß die nationalen Regierungen in ihrer Eigenschaft als Mitglieder des Rates der Europäischen Gemeinschaft diesen Prozeß unterstützen.

Wenn Sie die Debatten in der Kommission im letzten Jahr verfolgen, so wird Ihnen die etwas larmoyante Bitte der Kommission aufgefallen sein, ihr doch ihre Rolle einzuräumen und sie in ihrer Rolle zu unterstützen. Hierzu haben wir sehr kritisch sagen müssen, daß wir gerade vermissen, daß die Kommission die Kompetenzen und die Aufgabenstellung, die ihr die Verträge zuweisen, wirklich erfüllt. Ich persönlich muß eine große Enttäuschung ausdrücken: wir hätten gedacht, daß Herr Thorn im Vergleich zu Herrn Jenkins einen Fortschritt bringt. Leider ist es nicht besser, sondern eher schlechter geworden. Natürlich hängt dies mit der Zusammensetzung der Kommission zusammen. Wenn sie ihr Rollenverständnis immer mehr in Richtung auf Generalsekretariat des Rates entwickelt und denselben Immobilismus wie der Rat zeigt, dann können die notwendigen Entscheidungsprozesse überhaupt nicht in Gang kommen.

Sie kennen die Hauptfunktion, die die Kommission hat: sie soll dem Rat oder sprich der Gemeinschaft, die Vorschläge machen, die im Gemeinschaftsinteresse formuliert werden. Wenn sie nur solche Vorschläge macht, von denen sie annimmt, daß der Rat sie einhellig billigen wird, dann ist

ihre Funktion eigentlich überflüssig. Das kann auch das Generalsekretariat des Rates tun. Das ist unser Streitpunkt mit der Kommission. Wir wissen, daß zahlreiche Kommissare unserer Meinung sind. Aber wir wissen leider, daß es eine wachsende Zahl gibt, die den anderen Standpunkt immer intransigenter vertritt, und daß es manchmal eine Präsenzfrage in den Sitzungen der Kommission ist.

Wenn wir weiter vom institutionellen Bereich sprechen, so unter Verweis darauf, daß wir in der sogenannten Genscher-Colombo-Akte Vorschläge für die Weiterentwicklung der Rolle des Parlaments haben. Sie werden immer weiter eingeschränkt, je länger über dieses Papier gesprochen wird. Ein Problem möchte ich doch aufzeigen: es ist die Auseinandersetzung über den Ausbau des Konzertierungsverfahrens. Hier hat die Kommission einen Vorschlag gemacht - das Konzertierungsverfahren ist übrigens dem Verfahren im Vermittlungsausschuß des Deutschen Bundestages nachgebildet -, ein Verfahren zu entwickeln, in dem der Rat und das Parlament in einigen Gesprächsrunden zu einer abgestimmten Lösung kommen. Das wurde zunächst nur auf den Haushalt angewandt. Wir haben dieses Verfahren dann auf weitere Felder ausgedehnt. Es soll jetzt durchgehend für die gesamte Gesetzgebung geschehen. Das würde nicht nur den Einfluß des Parlaments erhöhen, sondern auch die Chance einräumen, daß die Entscheidungen, die der Rat dann trifft, im nationalen Bereich politisch besser durchgehalten werden können. Dieses Konzertierungsverfahren könnte bedeuten, daß das Parlament den Einfluß auf die Gesetzgebung bekommt, den man vom nationalen Bereich her gewohnt ist. Es muß auf der europäischen Ebene eine etwas andere Form haben. Das nationale Modell läßt sich nicht übernehmen. Ob es zum Erfolg führt, läßt sich heute nicht sagen. Ich denke, daß die Mehrheit der Regierungen bestrebt sein sollte, es zu nutzen.

Ich nehme ein Beispiel: die Republik Italien, die mit der Bewältigung ihrer wirtschaftlichen Probleme, im Sinne der Vereinbarung zwischen den Sozialpartnern, große Schwierigkeiten hat. Wir wissen von unseren italienischen Kollegen genau, wenn auf der europäischen Ebene eine Entscheidung getroffen würde, die auch für Italien gilt, daß die Gewerkschaften, die sich sonst auf der nationalen Ebene ganz ablehnend verhalten, eine solche Lösung eher verkraften und vertreten könnten.

Also: im Sinne einer besseren Zusammenarbeit wären europäische Lösungen auch für den nationalen Bereich günstig. Unsere Hoffnung richtet sich darauf, daß es uns möglich ist, das Interesse der nationalen Regierungen an diesem Vorgang zu verstärken. Wir glauben, daß wir in der jüngsten Vergangenheit dabei einige Ergebnisse erzielt haben. Wenn das Parlament nach mehr Einfluß sucht, so aus einem weiteren Grund. Wir haben ein großes demokratisches Leck in der Europäischen Gemeinschaft; der Rat ist in vielen Bereichen wegen nationaler Souveränitätsübertragungen omnipotent. Die Regierungen und die Bürokratien der Regierungen haben sich quasi losgelöst von der parlamentarischen Kontrolle. Zwar gibt es noch formale Befugnisse im nationalen Bereich, aber in Wirklichkeit läßt sich nicht sagen, daß der Bundestag über solche Bereiche noch eine zusätzliche Kontrolle hat. Die einzigen Organe, die die Zusammenhänge und die Gründe für die Kompromisse überhaupt nachvollziehen und zu überblicken vermögen, sind die zuständigen Ausschüsse des Europäischen Parlaments. Deshalb ist es unerlässlich, daß die demokratischen Kontrollrechte in vollem Umfange vom Parlament wahrgenommen werden. Ich nehme ein Beispiel, mit dem Sie sich schon beschäftigt haben. Ich halte die Problematik noch in dieser Periode des Europäischen Parlaments für lösbar. Es ist die Forderung nach Ratifikation der Verträge mit Drittländern durch das Europäische Parlament. De facto machen wir so etwas ähnliches - das berühmte ausgebaute Luns-Westerterp-Verfahren schafft dem Parlament Einfluß auf diese Verträge, in der Regel Handelsverträge mit Drittländern.



Unser Problem ist, daß im nationalen Bereich die Parlamente meistens nicht zur Kenntnis genommen haben, daß ihnen diese Kompetenz entgangen ist, sonst wären sie unsere natürlichen Verbündeten bei der Zuordnung der Kontrollaufgaben an uns.

Meine Damen und Herren, ich glaube, daß die nationalen Parlamente in dieser Phase, in der das Europäische Parlament um die Kontrollrechte streitet, die die nationalen Kontrollkörper nicht mehr haben, durchaus für uns als natürliche Partner fungieren können. Es ist zwar ein mühseliger Weg. Ich habe Ihnen gesagt, alleine über die Parteien geht es nicht. Es muß mit den Parlamentsfraktionen gemacht werden. Ich denke, wir können dabei Fortschritte erzielen. Die Kontrollrechte des Parlaments werden am sichtbarsten noch nicht voll ausgeschöpft in dem Bereich der Haushaltskontrolle, die den politischen und finanziellen Vollzug des vom Parlament beschlossenen EG-Haushalts zu überprüfen hat. Dafür haben wir den Haushaltskontrollausschuß, der den Europäischen Rechnungshof zur Verfügung hat - ein Gremium, das erfolgreich arbeitet, aber noch erfolgreicher arbeiten könnte. Zu diesem Komplex der institutionellen Auseinandersetzung haben wir im Parlament jetzt eine Art Verfassungsausschuß gebildet. Er wird bis Juni dieses Jahres eine erste Vorlage erarbeiten. Ob sie der Weisheit letzter Schluß sein wird, wage ich heute nicht vorauszusagen, da ich das Ergebnis noch nicht überblicke. Eines wird sicher bedeutsam sein: wenn es eine große Mehrheit für die entsprechende Stellungnahme gibt, dann wird dies ein wichtiges Papier werden, an dem man in Zukunft nicht vorbeigehen kann. Ich persönlich halte es mit denen, die sagen: Man darf sich nicht nur auf diese Frage konzentrieren, sondern muß diejenigen Rechte zu erringen trachten, die jetzt zu erhalten sind.

III. Das müssen Sie auf dem Hintergrund unserer Auseinandersetzung sehen, die wir als Parlament um die Rettung der Gemeinschaft, wie ich es einmal bezeichnen möchte, führen.

Es gilt nämlich drei Kernbereiche zu retten:

1. den Binnenmarkt
2. den gemeinsamen Außenhandel und
3. wenn Sie so wollen, den Agrarmarkt

1. Die nichttarifären Handelshemmnisse auf dem Binnenmarkt:  
haben ein Ausmaß angenommen - jeder von Ihnen hat sicher schon Kolonnen von Beispielen darüber gelesen -, daß der Binnenmarkt langsam zu ersticken droht, zu ersticken in seiner Expansionsfähigkeit. Hier sind wir alle abhängig; bei allen Programmen für die Wiederbelebung der Wirtschaft wird es ohne europäischen Binnenmarkt nicht gehen.  
Alle haben das eingesehen. Deshalb hat der Ministerrat im Dezember - das heißt der Gipfel im Dezember in Kopenhagen - den Auftrag erteilt, daß der Ministerrat im Februar und März in zwei Tagungen versucht, die nicht tarifären Handelshemmnisse zum größten Teil durch eine Einigung zu beseitigen. Es herrscht der ernsthafte Wille vor, etwas zu erreichen. Natürlich wird das mit Thema zwei, der gemeinsamen Außenhandelspolitik, verbunden sein. Ich will es so formulieren: Die französische Regierung macht deutlich, daß sie über die drastische Reduzierung der nichttarifären Binnenhandelshemmnisse mit sich reden läßt, wenn dafür die gemeinsame Zollmauer nach außen etwas höher gezogen wird. Und, das ist nicht ausgesprochen, aber für mich stellt es sich so dar, daß gewissermaßen ein Junktim herausgestellt wird, über das man verhandelt. Es gibt andere Länder: die Bundesrepublik Deutschland, die damit in einer gewissen Konfliktposition steht; denn sie will das eine, aber nicht das andere. Es muß ein vernünftiger Kompromiß gefunden werden. Der vernünftige Kompromiß

wird einschließen, daß es auf bestimmten Sektoren auch gemeinsame Verhaltensweisen geben wird.

2. Ich nehme als Beispiel die gemeinsame Außenhandelspolitik gegenüber Japan. Wenn Japan nicht bereit ist, seine nicht-tarifären Handelshemmnisse drastisch abzubauen, wird die Zeit des Diskutierens vorbei sein müssen. Man kann nicht Pressionen ankündigen, sondern muß auch selber entsprechend Pressionen machen. Ich weiß, wie schwierig das alles zu vollziehen ist. Aber ich glaube, daß wahrscheinlich die japanische Regierung mit ihren Kräften im Lande nicht fertig wird, um das, was sie immer wieder andeutet und verspricht, auch durchzusetzen.
3. Punkt 3 ist der gemeinsame Agrarmarkt, dem eine entscheidende Veränderung bevorsteht. Wenn Spanien und Portugal eintreten, wird sich die Achse des Agrarmarktes nach Süden verschieben. Bisher haben wir einen Agrarmarkt, der sich mit Schwerpunkt auf die Interessen der nördlichen Agrarproduzenten stützt. In Zukunft werden wir mehr als heute über Olivenöl und Wein und ähnliches sprechen müssen.  
Da gibt es zwei Probleme: Einmal ist die Relation zwischen der bisherigen Nord-Süd-Struktur; aber auch das innere Auspendeln im südlichen Bereich selbst. Damit müssen sich die Italiener, die Franzosen, die Griechen, die Spanier und die Portugiesen auseinandersetzen. Allerdings kann man dies nicht allein und nicht isoliert sehen: es ist dort viel über die globale Mittelmeerpolitik geredet worden, denn alle Anrainerstaaten des Mittelmeeres sind von dem Prozeß sofort und weitgehend betroffen. Das hat Rückwirkungen auf zahlreiche Beziehungen der Gemeinschaft.  
Der andere Aspekt des Agrarmarktes ist, die Mechanismen so zu gestalten, daß die Anreize zur Überproduktion abgebaut werden. Das ist eine sehr große Schwierigkeit für die Gemeinschaft, weil - wie im Wohlfahrtsstaat - alles, was sie einmal gewährt hat, die Leistungen, die sie rechtlich zugesichert hat, nur sehr schwer redressieren kann, selbst dann

nicht, wenn die Mittel dafür nicht mehr vorhanden sind.

IV. Meine Damen und Herren, damit bin ich beim Beitritt von Spanien und Portugal. Ich glaube nicht, daß der Beitritt vollzogen werden kann, ohne daß drei Voraussetzungen geschaffen sind:

1. Über den künftigen Entscheidungsmechanismus der Gemeinschaft muß Klarheit herrschen. Dazu gehört auch der Finanzmechanismus, die Finanzverfassung.
2. Es ist erforderlich, sich über eine Formel hinsichtlich der Höhe der Eigeneinnahmen zu verständigen. Ich will nicht davon reden, daß der 1 % Mehrwertsteueranteil überschritten werden muß; aber es müssen Überlegungen angestellt werden, um den Eigeneinnahmen für die Aufgaben, die sich dann stellen, die entsprechende Dimension zu geben.
3. Die Verhandlungen müssen - und das halte ich für ebenso wichtig wie die beiden anderen Punkte - wirklich eine Lösung für alle offenen Fragen gebracht haben.

Wie bei der Norderweiterung, daß man die Lösung hinterher gesucht hat, oder wie bei Griechenland, daß man manchmal mit den Lösungsversuchen im Nebel herumstochert, geht es mit Spanien und Portugal nicht. Das ist für die Gemeinschaft ebenso wie für die Spanier und die Portugiesen unerträglich. Insofern glaube ich, daß der ins Auge gefaßte Zeitraum bis zum 1.1.1984, an dem der Beitritt vollzogen werden soll, sich als zu kurz erweisen wird. Aber es ist im Interesse aller Beteiligten, daß die Angelegenheit gut ausgehandelt zu einem Ergebnis gebracht wird.

V. Lassen Sie mich noch ein Wort zur Konvergenz der Wirtschaftspolitiken sagen. Ich denke, daß wir eine gewisse Chance haben, bei den gemeinsamen Wirtschaftspolitiken, bei der gemeinsam zu formulierenden Wirtschaftspolitik zu Annäherungen zu kommen. Es hängt einmal damit zusammen, daß sich die Strukturen der Regierungen, was die politische Zusammensetzung angeht, die Mehrheitsverhältnisse an die der Gemeinschaft angenähert haben. Wir haben in den zehn Mitgliedsländern sechs christlich-demokratische, zwei konservative und nur zwei sozialistische Regierungschefs, wobei man den griechischen Regierungschef in der Gewichtung ein wenig vernachlässigen kann. Die Erkenntnis der französischen Regierung, daß sie Korrekturen an ihrem bisherigen Kurs vornehmen muß, gibt eine Chance, für eine Annäherung. Natürlich hänge ich nicht dem Gedanken an, daß wir jetzt die Wirtschafts- und Währungsunion, die zum Stoppen gekommen ist, plötzlich wieder aus der Taufe heben und die nächste Phase einleiten können. Aber was wir schaffen könnten, wäre, das europäische Währungssystem zu konsolidieren und einige flankierende Maßnahmen auf dem wirtschaftspolitischen Felde zu finden, ohne die es nicht geht.

Das Parlament hat sein Bestes getan. Es ist nicht genügend gewürdigt worden, daß es sich die Erfahrungen gewissermaßen erst verschaffen mußte, um seine eigene Arbeit zu organisieren. Im Jahre 1979 direkt gewählt, hat es sich in dieser kurzen Zeitspanne gegenüber der Bürokratie der Kommission und der der Regierungen und auch gegenüber den nationalen Bürokratien als kenntnisreicher Gesprächspartner erwiesen, der imstande ist, Mehrheiten zu schaffen. Das hätte man kaum voraussagen können aufgrund der buntscheckigen Landkarte an politischen Kräften, die sich im Jahre 1979 bei der Direktwahl ergab.

Davon können Sie ausgehen, daß auch die kritischsten Anti-Europäer, die in das Europäische Parlament gewählt worden sind, in der Zwischenzeit gelernt haben, welche

Vorteile die Europäische Gemeinschaft für alle hat, und daß die Zahl der engagierten Anti-Europäer im Parlament abgenommen hat, ja daß ganze Gruppierungen ihre Position zu verändern vermögen, andere Einflüsse hinzukommen. Ich nehme dafür ein Beispiel: die Gaullisten, die sich von ihren traditionellen Positionen in Richtung auf die Gemeinschaftsinteressen entwickelt haben. Aber Sie kennen auch ganz andere. In der Sozialistischen Fraktion ist es interessant zu sehen - die Labour-Abgeordneten wurden immer in drei Kategorien eingeteilt -, wie sich die Zahl der zu den Kategorien Zugehörigen zugunsten der Gemeinschaftspositionen verändert hat, obwohl die Leute dieselben geblieben sind. Daß es in diesem Haus breite pro-europäische Mehrheiten gibt, aus der Einsicht heraus, daß die Europäische Gemeinschaft nur dann in der Welt konkurrenzfähig bleibt und sich behaupten kann, wenn sie sich konsolidiert, ist ein erfreulicher Fortschritt. Dieses Erkenntnis ist nicht in jedem nationalen Parlament vorhanden. Es bleibt viel Erziehungsarbeit, viel Meinungsaustausch zu leisten.

Unser Hauptproblem ist vielleicht, daß es uns an den europäischen Medien fehlt. Ich weiß nicht, wie dieses Problem eines Tages gelöst werden wird. Wir haben Vorschläge dazu entwickelt. Es ist ein so weiter Abstand zwischen uns und dem Bürger, und das ist für das Parlament eines der größten Hindernisse, die es zu überwinden hat.